

Protokoll
der 16. Ordentlichen Delegiertenversammlung
vom 16. November 2006, 19.00 Uhr,
Zahnärzthehaus, Georg-Wilhelm-Str. 16, 10711 Berlin

Die Tagesordnung lautet:

1. Begrüßung, Protokollgenehmigung, Ehrung Verstorbener
2. Bericht des Präsidenten
3. Fragestunde
4. Anträge
5. Änderung der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin vom 16.09.2004/**Beschluss**
6. Änderung der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin vom 16.09.2004/**Beschluss**
7. Änderung der Gebührenordnung der Zahnärztekammer Berlin vom 28.09.2000, zuletzt geändert am 20.11.2003/**Beschluss**
8. Anschlusssatzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin/**Beschluss**
9. Wahl des Wahlausschusses für die Wahl der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin
10. Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin
11. Bericht des Versorgungswerkes und des Wirtschaftsprüfers des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin über das Kalenderjahr 2005
12. Feststellung des Jahresabschlusses des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin für das Kalenderjahr 2005/**Beschluss**
13. Verwendung der Überschüsse/**Beschluss**
14. Entlastung des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin und des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin für das Kalenderjahr 2005/**Beschluss**
15. Ausblick auf das Jahr 2006
16. Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung, Protokollgenehmigung, Ehrung Verstorbener

Der Vizepräsident, Herr Gromball, eröffnet die Sitzung um 19.15 Uhr und stellt fest, dass die Einladung satzungsgemäß und fristgerecht erfolgt ist.

Durch namentlichen Aufruf wird festgestellt, dass 41 Delegierte anwesend sind. Vier Delegierte treffen nach dem Aufruf ein. Die Versammlung ist beschlussfähig.

Zur Protokollführerin zu den Tagesordnungspunkten 1 - 10 und 16 wird Frau Weimann bestellt. Zu den Tagesordnungspunkten 11 - 15 wird Frau Schüler als Protokollführerin bestellt. Die Tonbandaufnahmen werden nach Ablauf der Einspruchsfrist nicht gelöscht, sondern gemäß dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 14.03.2002 zwei Jahre archiviert.

Mit der Führung der Rednerliste wird Herr Geist beauftragt.

Die Delegierten gedenken ehrend der seit der letzten Delegiertenversammlung verstorbenen Kollegen:

Herr Zahnarzt Mark Patlach
Herr Zahnarzt Heinz Matthes
Herr Zahnarzt Karl-Heinz Edel

Herr Gromball stellt fest, dass die Einspruchsfrist zum Protokoll der 15. Ordentlichen Delegiertenversammlung noch nicht abgelaufen ist, so dass die Genehmigung des Protokolls nicht bekannt gegeben werden kann.

Des Weiteren gibt Herr Gromball die Handhabung der eingangs verteilten Abstimmungszettel bekannt.

Herr Gromball begrüßt die anwesenden Gäste Frau Auxel und Herrn Frank aus der Wirtschaftsprüferkanzlei „Bansbach, Schübel, Brösztel & Partner“, Herrn Dassel als Finanzsachverständigen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin und die Herren Dr. Hoops und Dr. Weißlau als Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes der (Landes-)Zahnärztekammern Brandenburg und Bremen.

TOP 2 Bericht des Präsidenten

Der Präsident, Herr Schmiedel, gibt bekannt, dass durch den Rücktritt der Herren Stefan Verch, Jörg-Peter Husemann und Eberhard Schütte die Herren Sigurd Pohl, Paul Funke-Kaiser und Heinz-Helmut Dohmeier-de Haan als Delegierte in die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin nachgerückt sind und begrüßt diese .

Im Folgenden berichtet Herr Schmiedel anhand der den Delegierten mit der Einladung zur 16. Ordentlichen Delegiertenversammlung zugesandten Übersicht über folgende Termine und Themen:

- 22.09.2006, Verleihung der „Apollonia zu Münster“ durch die Zahnärztekammer Westfalen-Lippe, erstmalig an eine nicht in Westfalen-Lippe ansässige Person/Einrichtung, geehrt wurde Frau Kirsten Falk aus Berlin für ihre Tätigkeit in der zahnärztlichen Obdachlosen Praxis „Mut“;
- 27.09.2006, Veranstaltung zum „Tag der Zahngesundheit“ zusammen mit Vorstandsmitgliedern der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) Berlin, im Jahr 2007 wird es voraussichtlich Anschlussveranstaltungen geben;
- 18. und 25.10.2006, Informationsveranstaltungen zur RKI-Empfehlung Hygiene, Dank an die Herren Buhtz und Tunjan für ihr stetiges Engagement und die Durchführung der Kurse
- 24.10.2006, Interview des Radiosenders „Antenne Brandenburg“ zum Thema „Seele & Zähne“;
- 25.10.2006, Gespräch mit Vertretern der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz über die allgemeinen Rahmenbedingungen und die Vorgehensweise zur Schulung der Praxismitarbeiter zur RKI-Empfehlung Hygiene;
- 08.11.2006, Sitzung des Europa-Ausschusses der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Auswirkungen der Beschlüsse „aus Brüssel“ auf den einzelnen Berliner Zahnarzt (z. B. Medizinproduktegesetz, Dienstleistungsrichtlinie, etc.), Hinweis auf ein „Fachgespräch der Europäischen Kommission“ am 06.12.2006 in Berlin;
- 17./18.11.2006, 16. Zahnärztetag der Landes Zahnärztekammer Brandenburg in Cottbus, u. a. wird das Pfaff Berlin thematisiert;

- Hinweis auf den 11. Berliner Prophylaxetag am 08./09.12.2006 im Ludwig Erhard Haus Berlin und den 21. Berliner Zahnärztetag am 19./20.01.2007 im ESTREL Hotel Berlin, Einladung zur Verleihung der Ewald Harndt-Medaille an die Herren Dr. Karlheinz Kimmel und Dr. Dr. Klaus Ursus Schendel im Rahmen des 21. Berliner Zahnärztetages am 19.01.2007, ca. 11.00 Uhr.

Anschließend gibt Herr Schmiedel die für das Jahr 2007 geplanten Termine der Delegiertenversammlungen, vorbehaltlich der Zustimmung des Vorstandes der 12. Legislaturperiode, wie folgt bekannt: 26.04.2007, 20.09.2007 und 29.11.2007. Zusätzlich wird Anfang des Jahres 2007 eine konstituierende Delegiertenversammlung u. a. mit der Wahl eines neuen Vorstandes stattfinden.

TOP 3 Fragestunde

Auf die Frage von Herrn Müller-Reichenwallner, wann die Stimmenauszählung zur Wahl der Delegiertenversammlung 2006 stattfindet, antwortet Herr Schmiedel, dass die Wahl am Dienstag, 05.12.2006, ab 08.00 Uhr, in den Räumen der Zahnärztekammer Berlin stattfinden wird. Die Herren Schmiedel und Biker sagen zu, dass das Ergebnis der Stimmenauszählung der Vertrauensperson der einzelnen Wahlvorschläge im Anschluss an die Auszählung zeitnah mitgeteilt wird.

TOP 4 Anträge

Herr Schmiedel verliest den schriftlich gestellten Antrag von Herrn Kampmann auf Änderung der Tagesordnung der heutigen Delegiertenversammlung wie folgt: „...hiermit stelle ich den Antrag, die Tagesordnungspunkte 5., 6., und 7. hinter den Ordnungspunkt 14 zu stellen. Begründung: Die Wichtigkeit unseres Versorgungswerkes/unserer Rente erfordert eine Diskussion noch am frühen Abend...“.

Herr Schmiedel stellt den Antrag von Herrn Kampmann zur Abstimmung. Die Delegiertenversammlung lehnt den Antrag mit 9 Ja-Stimmen und 35 Nein-Stimmen ab.

TOP 5 Änderung der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin vom 16.09.2004/Beschluss

Herr Biker erläutert die den Delegierten mit der Einladung zur heutigen Delegiertenversammlung zugesandte Übersicht zur Änderung des § 20 Abs. 1 der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin ausführlich. Er erklärt, dass gemäß der derzeit gültigen Fassung satzungsändernde Beschlüsse im Fall einer Wiederholungs-Delegiertenversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Delegierten gefasst werden können und schlägt in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz vor, die Beschlussfähigkeit einer Wiederholungs-Delegiertenversammlung auf die Hälfte der gewählten/benannten Mitglieder festzulegen und mit einer Zweidrittelmehrheit zu beschließen.

Herr Essink regt an, den § 20 Abs. 1 der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin insoweit zu ändern, dass bei einer Wiederholungs-Delegiertenversammlung eine Zweidrittelmehrheit der gemäß § 7 Berliner Kammergesetz gewählten/benannten Mitglieder anwesend sein muss und mit einer Zweidrittelmehrheit zu beschließen.

Die Herren Essink, Kampmann und Biker diskutieren die Auswirkungen der verschiedenen Änderungsvorschläge und die Notwendigkeit der Änderung der Hauptsatzung.

Herr Schmiedel stellt den Vorschlag von Herrn Essink zur Änderung des § 20 Abs. 1 der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin zur Abstimmung.

Die Delegiertenversammlung lehnt den Vorschlag zur Änderung des § 20 Abs. 1 der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin von Herrn Essink mit 26 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen ab. (2/3-Mehrheit erforderlich, da Änderung der Hauptsatzung)

Herr Schmiedel bittet um Abstimmung zur Änderung des § 20 Abs. 1 der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin gemäß der mit der Einladung zur heutigen Delegiertenversammlung zugesandten Übersicht.

Die Delegiertenversammlung stimmt der Änderung des § 20 Abs. 1 der Hauptsatzung der Zahnärztekammer Berlin gemäß der mit der Einladung zur heutigen Delegiertenversammlung zugesandten Übersicht mit 32 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

TOP 6 Änderung der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin vom 16.09.2004/Beschluss

Die den Delegierten mit der Einladung zur heutigen Delegiertenversammlung zugesandten Erläuterungen zur Änderung des § 8 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin erläutert Herr Biker detailliert.

Anlässlich der Vorbesprechung zur Delegiertenversammlung am 06.11.2006 habe Herr Essink vorgeschlagen, die Änderung wie folgt zu ergänzen:

§8 Beschlussfähigkeit/Abstimmungen

(4) Abgestimmt wird in der Regel durch Handaufheben. Auf Verlangen von mindestens fünf Mitgliedern der Versammlung muss geheim abgestimmt werden.

Wird namentliche Abstimmung verlangt, so muss mindestens ein Drittel der anwesenden Delegierten diesen Antrag unterstützen. Die namentliche Abstimmung erfolgt geheim mit Abstimmungskarten, die den Namen des Abstimmenden tragen.

Die Frage von Herrn Frenzel, ob das namentliche Abstimmungsergebnis in der laufenden Delegiertenversammlung nach der Abstimmung bekannt gegeben werden kann, bejaht Herr Biker.

Herr Schmiedel stellt die Änderung der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin, ergänzt um die von Herrn Essink vorgeschlagenen Änderungen, zur Abstimmung.

Die Delegiertenversammlung stimmt der Änderung des § 8 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin entsprechend der von Herrn Essink vorgeschlagenen Änderungen mehrheitlich bei 42 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

TOP 7 Änderung der Gebührenordnung der Zahnärztekammer Berlin vom 28.09.2000, zuletzt geändert am 20.11.2003/Beschluss

Herr Piepenhagen berichtet über die Änderung der Gebührenordnung der Zahnärztekammer Berlin anhand der den Delegierten mit der Einladung zur heutigen Delegiertenversammlung versandten Übersicht und der als **Anlage TOP7/1** beigefügten Darstellungen.

Die Herren Schmiedel, Piepenhagen, Kampmann, Schleithoff und Biker diskutieren die Höhe und Zusammensetzung der unterschiedlichen Gebühren, insbesondere für die Erteilung oder Überprüfung der Verlängerung einer Weiterbildungsberechtigung Kieferorthopädie/Oralchirurgie/Öffentliches Gesundheitswesen.

Herr Schmiedel stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin möge die Änderung des Abschnittes II „Leistungen nach dem Weiterbildungsgesetz“ der Gebührenordnung gemäß der als Anlage zur heutigen Delegiertenversammlung versandten Übersicht beschließen.

Die Delegiertenversammlung stimmt dem Antrag mit 38 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen zu.

TOP 8 Anschlusssatzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin/Beschluss

Herr Wohltmann erläutert anhand der den Delegierten vor der heutigen Delegiertenversammlung versandten Anlage und der als **Anlage TOP 8/1** beigefügten Unterlagen die Notwendigkeit und den Inhalt der Anschlusssatzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin ausführlich.

Herr Schleithoff fragt, zu welchem Zeitpunkt die 4-jährige Legislaturperiode der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin beginnt. Herr Wohltmann und Herr Müller-Reichenwallner erklären, dass die Legislaturperiode ab dem Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung beginnt und somit kontinuierlich zeitnah nach den alle 4 Jahre stattfindenden Wahlen zur Delegiertenversammlung der Zahnärztekammer Berlin erfolgt.

Herr Schmiedel bittet über die Anschlusssatzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin abzustimmen, die um den Vorschlag von Herrn Nachtweh ergänzt werden soll, die Bezeichnung „Mitglied“ durch „Mitglied des Versorgungswerkes“ zu ersetzen.

Die Delegiertenversammlung beschließt die Anschlusssatzung der Zahnärztekammer Berlin in der vorliegenden Fassung, ergänzt um den Vorschlag von Herrn Nachtweh einstimmig.

TOP 9 Wahl des Wahlausschusses für die Wahl der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin

Herr Wohltmann erklärt, dass es für die Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin Voraussetzung ist, einen Wahlausschuss aus der Mitte der Delegierten zu wählen, der aus einem/er Wahlleiter/in und zwei Beisitzern/innen besteht.

Herr Wohltmann gibt bekannt, dass sich zur Wahl des Wahlausschusses Herr Nachtweh als Wahlleiter und die Herren Meyer und Quast als Beisitzer zur Verfügung stellen.

Herr Schmiedel bittet die Delegiertenversammlung um Abstimmung zur Wahl des Wahlausschusses für die Wahl der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Die Delegiertenversammlung wählt mehrheitlich Herrn Nachtweh als Wahlleiter und die Herren Meyer und Quast als Beisitzer mit 42 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen der zur Wahl stehenden Personen.

Auf Befragung des Präsidenten, Herrn Schmiedel, nehmen die Herren Nachtweh, Meyer und Quast die Wahl an.

Nach kurzer Unterbrechung des Tagesordnungspunktes gibt Herr Nachtweh bekannt, dass sich der Wahlausschuss zur Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes konstituiert hat und als Hilfskräfte gemäß § 3 Abs. 4 der Wahlordnung von der Verwaltung die Herren Biker, Fischer und Wohltmann benennt.

TOP 10 Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin

Herr Nachweh führt aus, dass zur Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin zwei Wahlvorschläge eingereicht wurden, die vom Wahlausschuss geprüft, zugelassen und entsprechend des Eingangs beim Wahlausschuss wie folgt mit fortlaufenden Nummern versehen wurden:

Wahlvorschlag 1 (Janowski, Rolf u. a.)
Wahlvorschlag 2 (Kampmann, Winnetou u. a.)

Die Stimmabgabe erfolgt nach Aufruf der Delegierten durch Herrn Meyer anhand der ausgegebenen Stimmzettel.

Herr Nachweh gibt bekannt, dass 45 Delegierte wahlberechtigt waren, sich 45 Delegierte an der geheimen Wahl beteiligt haben, eine abgegebene Stimme als ungültig erklärt wird und somit der Wahlgang mit folgendem Ergebnis endet:

Wahlvorschlag 1 = 29 Stimmen
Wahlvorschlag 2 = 15 Stimmen.

TOP 11 Bericht des Versorgungswerkes und des Wirtschaftsprüfers des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin über das Kalenderjahr 2005

Bericht des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin:

Hinweis: Die Vortragsfolien werden dem Protokoll als **Anlage TOP 11/1** beigelegt. Soweit keine besonderen Ausführungen gemacht werden, wird auf die Anlage verwiesen.

Herr Essink gibt Ausführungen über die Eckdaten und den Verlauf 2005.

Anhand von verschiedenen Diagrammen stellt Herr Essink die Vermögensverteilung, die allgemeine Entwicklung der Mitglieder, die Zahl der Mitglieder und Rentner, als auch die Mitgliederverteilung - Aktive zu Rentner -, die Rentenzahlungen und Beitragsentwicklungen im Vergleich sowie die Entwicklung der gezahlten Renten dar. Nach wie vor steigt, wenn auch geringer, die Zahl der aktiven Mitglieder, auch steigt die Zahl der Rentenempfänger langsam an, liegt aber im kalkulierten Rahmen. Die Beitragseinnahmen sind nach wie vor deutlich größer als die Rentenzahlungen. Die Zahl der Berufsunfähigkeitsrenten ist wider Erwarten gesunken. Das Altersrenteneintrittsalter liegt nach wie vor überwiegend bei 65 Jahren, dagegen steigt das Renteneintrittsalter der vorgezogenen Rente mit 62 Jahren.

Anhand von Grafiken stellt Herr Essink das Vermögen im Verhältnis zu den Erträgen und Beitragseinnahmen des Versorgungswerkes dar, die Veränderungen der Beitragseinnahmen und Vermögenserträge im Vergleich und auch die Vermögensverteilungsübersicht. Bei den Beitragszahlungen haben sich Schwankungen ergeben, die sich aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung aus Rückerstattungen von Hinterbliebenenversorgungsbeiträgen ergeben haben.

Im Anschluss gibt Herr Essink Ausführungen zu den Veränderungen im Immobilienbestand. Im September 2005 wurde das Objekt in der Halleschen Straße 17, 06366 Köthen als perspektivische Erweiterung zum bereits im Bestand des Versorgungswerkes befindlichen Objekt Amtsgericht Köthen in der Friedhofstraße 48, Köthen erworben.

Im Anschluss an den Vortrag von Herrn Essink gibt Herr Wohltmann nähere Ausführungen zur Bilanz und zu den Verwaltungskosten 2005. Herr Wohltmann weist darauf hin, dass er sich in seinem Vortrag auf die wesentlichsten Positionen aus der Bilanz und den „gelben Seiten“ beziehen wird, da Herr Frank im Anschluss weitere Ausführungen dazu machen wird.

Herr Wohltmann verweist auf die Bilanz als Anlage 1/1 des Wirtschaftsprüfungsberichtes und erläutert die einzelnen Positionen der Aktivseite. Zu der Position C. „Forderungen an Mitglieder“ stellt Herr Wohltmann dar, dass im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Mahnungen und auch Pfändungen eine Verringerung der ausgewiesenen Forderungen zu verzeichnen ist. Die Mietforderungen unter D.III.1 sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen, was die wirtschaftliche Situation insbesondere bei Gewerbemietern widerspiegelt. Bei der Position E. 1. „Abgegrenzte Zinsen“ handelt es sich um noch nicht fällige Zinsen, die aber dem Rechnungsjahr zuzuordnen und damit abzugrenzen sind.

Als eine der wesentlichsten Positionen auf der Passivseite stellt sich die Überschussrückstellung dar. Diese Position hat sich von 0,00 € auf 59,09 Mio. € erhöht, da in diesem Jahr kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt wurde und entsprechend über die Mittelverwendung zu entscheiden ist. Die Position C. „Andere Rückstellungen“ beinhaltet die Rückstellungen der Versorgung für Herrn Loesbrock, die entsprechend der Regelungen des Betriebsrentengesetzes dynamisiert werden muss, sowie die Rückstellungen u. a. für Prozesskostenrisiken.

Herr Wohltmann gibt im Anschluss Ausführungen zu den wesentlichen Positionen der Verwaltungsaufwendungen. Die Position 2.2 „Reisekosten und Sitzungsgelder für ehrenamtlich tätige Zahnärzte und Beigeordnete“ hat sich aufgrund der im Vorjahr bereits erläuterten freiwilligen Selbstbeschränkung des Verwaltungsausschusses entsprechend verringert. Die Position 3.3 „Repräsentations-, Schulungs- und Tagungskosten“ wird zur Unterscheidbarkeit in Zukunft differenzierter dargestellt. Die Schwankung in der Miete unter Position 4.1 ist bedingt durch die in dieser Position enthaltenen Betriebskosten. Die Position 6.1 „Instandhaltung/Wartung“ hat sich aufgrund des Abschlusses eines Wartungsvertrages für die Software in der Mitgliederverwaltung erhöht. Diese Steigerung konnte durch die Verringerung der Position 7.6 „EDV-Kosten“ überkompensiert werden. Die Position 8.1 „Kosten Versicherungsmathematiker“ ist gestiegen, da im Vorjahr eine zusätzliche unabhängige Prüfung der Versicherungsmathematik in Abstimmung mit der Senatsaufsicht stattgefunden hat. Die Position 8.4 „Beratungskosten“ hat sich aufgrund der durchgeführten Asset Liability Studie sowie der Depotbankanalyse erhöht, wobei bereits im Vorjahr darauf hingewiesen wurde, dass dies im Rahmen des Überganges zu einem flexiblen Consultingmodell erforderlich war.

Bericht des Wirtschaftsprüfers des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin:

Hinweis: Die Vortragsfolien werden dem Protokoll als Anlage **TOP 11/2** beigefügt. Soweit keine besonderen Ausführungen gemacht werden, wird auf die Anlage verwiesen.

Zunächst berichtet Herr Frank über den Zeitraum und den Gegenstand der Prüfung. Dabei wurde insbesondere die Buchführung, der Jahresabschluss und Lagebericht sowie die Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des HGB, VAG, RechVersV und PrüfV, soweit sie für das Versorgungswerk Anwendung finden, geprüft.

Für das Jahr 2005 wurde eine interne Kontrollsystemprüfung (IKS-Prüfung) für den Bereich der Beitragsfestsetzung und der Leistungseinweisung, der Anwendung des § 18 Abs. 5 der Satzung (Hinterbliebenenbeitragsersatzung gemäß Urteil) sowie der Verteilung der allgemeinen Verwaltungskosten durchgeführt, die im Gesamtergebnis keine Beanstandungen ergab. Herr Frank weist darauf hin, dass sich im Prüfbericht auf der Seite 21 ein Schreibfehler bei den Verwaltungskosten befindet und mit 51,77 % statt 53,77 % ausgewiesen sind und dankt Herrn Kampmann für diesen Hinweis.

Im Rahmen des Jahresabschlusses geht Herr Frank umfassend auf die wesentlichen Bilanzpositionen und darin insbesondere auf Grundstücke/Bauten, Kapitalanlagen, Forderungen/Verbindlichkeiten Mitglieder, sonstige Vermögensgegenstände, Überschussvortrag, versicherungstechnische Rückstellungen als auch auf die Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Die durchschnittliche Rentabilität der Kapitalanlagen ist mit 4,76 % bei einer Bruttoverzinsung von 6,97 % auszuweisen.

Zu den Forderungen/Verbindlichkeiten Mitglieder weist Herr Frank darauf hin, dass in der ausgewiesenen Bilanzsumme Wertberichtigungen enthalten sind, da sich das Ausfallrisiko erhöht hat. Für den Bereich der sonstigen Vermögensgegenstände stellt sich als die wesentlichste Position die Forderung dar, die hauptsächlich Mieten und Nebenkostenabrechnungen beinhaltet. Auch in diesem Bereich sind erhebliche Wertberichtigungen notwendig. Da satzungsgemäß im Jahr 2005 kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt wurde, ist der Jahresüberschuss in die Überschussrückstellung eingestellt worden.

Zu der Position der Gewinn- und Verlustrechnung führt Herr Frank für die Erträge aus, dass die Verringerung der Beiträge im Wesentlichen in der Rückabwicklung des § 18 Abs. 5 der Satzung begründet ist. Die Erträge aus Kapitalanlagen sind im Wesentlichen durch die Ausschüttungen des Masterfonds gestärkt worden. Bei den Aufwendungen ist die wesentliche Situation die Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen auf einen Betrag von 0 €, da es sich um einen nur alle drei Jahre wiederkehrenden Aufwand für das versicherungsmathematische Gutachten handelt. Entsprechend hat sich die Überschussrückstellung erhöht. Die Verwaltungskosten sind weiterhin rückläufig. Die Aufwendung für Kapitalanlagen ist stabil geblieben.

Im Prüfungsergebnis wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk vergeben.

Diskussion zum TOP 10:

Die Diskussion erfolgt nach einem Raster mit den Punkten Mitgliederentwicklung, Immobilien, Finanzanlagen und Erträge, Gelbe Seiten, G. u. V. und Bilanz, Wirtschaftsprüfung.

Mitgliederentwicklung:

Herr Kampmann teilt mit, dass er zwischen dem im MBZ im Rahmen des Wahlkampfes veröffentlichten Artikel von Herrn Essink und dem in der Delegiertenversammlung Vorgetragenen einen Widerspruch sieht und bittet Herrn Essink sowie den Vorstand um eine Stellungnahme.

Herr Quast beantragt aufgrund des nicht erkennbaren Zusammenhanges des Artikels mit der Mitgliederentwicklung zur Tagesordnung zurückzukehren. Herr Schmiedel stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Delegiertenversammlung stimmt dem Antrag mit 22 Ja-Stimmen zu.

Immobilien:

Herr Kampmann merkt an, dass er aufgrund der hohen Abschreibungen beim Borsigareal hofft, dass es zukünftig keine politischen Kaufentscheidungen für Objekte mehr gibt. Herr Wohltmann antwortet, dass alle hier anwesenden Entscheidungsträger das genau so sehen, jede Kapitalanlageentscheidung und insbesondere Entscheidungen über Immobilien An- und Verkäufe können nur durch ein klares Prozedere getroffen werden, bei denen politische Gründe keine Rolle spielen dürfen., Bezüglich des Borsighausareals weist Herr Wohltmann drauf hin, dass dies von den jetzigen Entscheidungsträgern vorgefunden wurde und fertig gestellt wurde, die Vermietung glücklicherweise erhebliche Fortschritte mache und aufgrund der perspektivisch guten Lage die Hoffnung auf zukünftige Zuschreibungen bestehen bleibt.

Herr Kampmann fragt weiterhin ob beim Verwaltungsgebäude des Versorgungswerkes die damals kalkulierte Rendite von 5,3 % erreicht wurde bzw. wie hoch die Nettorendite des Gesamtobjektes Rheinbabenallee zum heutigen Stand ist. Herr Wohltmann bietet an die Zahlen nachzureichen.

Anmerkung: Die Renditeberechnung wird Anfang des Jahres 2007 auf Basis der Daten für das Jahr 2006 nachgereicht.

Weiterhin bittet Herr Kampmann beim Poolverkauf der Berliner Objekte die Höhe der Abschreibungen, sofern vorhanden, zu benennen. Herr Wohltmann erläutert, dass keine Wertabschreibun-

gen vorgenommen wurden. Einzelverkaufspreise können aufgrund des Poolverkaufes nicht benannt werden. Es wurden Verkehrswertgutachten erstellt als Verkaufsgrundlage. Der Verkaufspreis der dabei erzielt werden konnte liegt über dem Verkehrswert und der daraus resultierende Ertrag wird im nächsten Jahresabschluss als Erlös aus dem Abgang von Kapitalanlagen ausgewiesen. Herr Kampmann bittet daraufhin um Bestätigung, dass der Erlös für die Stallstraße und für die Alarichstraße unter 50 % liegt. Auf der Grundlage der Kosten für den Erwerb bestätigt Herr Wohltmann diesen Punkt für die Stallstraße, für die Alarichstraße kann er diesen Punkt nicht definitiv bestätigen.

Finanzanlagen und Erträge:

Es gibt keine Fragen.

Gelbe Seiten, G.u.V. und Bilanz:

Herr Quast fragt nach den Gründen der Erhöhung der Position Gutachterkosten trotz rückläufiger BU-Fälle. Herr Wohltmann erklärt, dass zwar die Zahl der BU-Gewährungen sinken kann, dennoch aber die Zahl der Anträge und die Kosten für die Antragsverfahren bestehen bleiben bzw. ansteigen können. Des Weiteren ist diese Position jahresübergreifend zu betrachten, da eine Abgrenzung nicht vorgenommen werden kann, was im Ergebnis zu Schwankungen führt.

Herr Müller-Reichenwallner möchte zu Fernsprechgebühren wissen, mit welchem Provider das Versorgungswerk einen Vertrag abgeschlossen hat. Herr Wohltmann antwortet, dass bislang noch ein Vertrag mit der Telekom besteht, da die Telekom bisher der einzige Anbieter war, der ein Breitbandnetz für die Standleitung zum externen Serverraum zur Verfügung stellen konnte. Es werden aber derzeit marktübergreifend Alternativen geprüft. Herr Essink fügt hinzu, dass die Sicherheit und Funktionsfähigkeit im Vordergrund steht und diese Aspekte in jedem Fall gewährleistet sein müssen.

Herr Kampmann bittet noch einmal zum Bereich der Immobilien um Auskunft, ob noch mit Wertsteigerungen beim Borsigareal zu rechnen ist, da im Prüfbericht außerplanmäßige Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung einzelner Objekte vorgenommen wurden. Herr Wohltmann antwortet, dass das Borsigareal zwischenzeitlich bis auf das Dachgeschoss vermietet ist, die Lage perspektivisch durch den Zuzug des BND besser werden könnte und aus diesem Grund die Hoffnung einer zukünftigen Wertsteigerung besteht.

Herr Kampmann merkt zu den Kosten der Selbstverwaltung an, dass die Reisekosten entsprechend der gültigen Reisekostenordnung der Zahnärztekammer abgerechnet werden, die Reisezeit aber entgegen der Regelung der Kammer ab Wohnort/Praxis gilt. Weiterhin ist Herr Kampmann der Auffassung, dass der Mittwoch erst seit Einführung des jetzigen Vorstandes abgerechnet wird. Herr Wohltmann entgegnet zu dem Punkt der Reisezeit, dass die Reisekostenordnung, als gültige Ordnung der Zahnärztekammer Berlin, die Regelung der Reisezeit ab Wohnort/Praxis beinhaltet. Herr Radtke ergänzt, dass der Verwaltungsausschuss bewusst über die sogenannte Mittwochsregelung auf Aufwandsentschädigungen verzichtet um einer Kostenexplosion entgegen zu wirken.

Herr Kampmann zieht einen Vergleich zu dem Versorgungswerk Baden-Württemberg, das laut Versorgungsbrief einen weitaus geringeren Verwaltungskostensatz von 0,82 % ausweist. Herr Wohltmann entgegnet, dass ein direkter Vergleich nicht möglich ist aufgrund der unterschiedlichen Verwaltungsgrößen der Versorgungswerke, das Versorgungswerk Berlin den Verwaltungskostensatz aber sukzessive senkt. Herr Kampmann bittet um Erläuterung der prozentualen Aufteilung der Verwaltungskosten für den Versicherungsbetrieb und für die Verwaltung, insbesondere für die Position Portokosten. Herr Wohltmann erklärt, dass die Position Porto und Bürobedarf nur nach einem Personalschlüssel aufgeteilt werden kann und nicht nach Abteilungen. Herr Frank ergänzt zu den Verwaltungskosten, dass eine externe Benchmarkanalyse nicht nur aufgrund der Größe sondern auch aufgrund der Organisationsstruktur schwierig ist. Es gibt Versorgungswerke, die durch Auslagerung der Immobilien in einen Fonds keinen Immobilienbereich haben und aufgrund dessen keine Bewirtschaftungskosten in den Verwaltungskosten dargestellt werden, die Kosten aber den-

noch im Fonds anfallen. Aufgrund der unterschiedlichen Methoden der Berechnung von Verwaltungskosten sind die Strukturen nur intern zu beurteilen. Wichtig dabei ist, dass über mehrere Jahre konstant die gleiche Methodik verwendet wird, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Eine differenzierte Schlüsselung für jede Kostenart würde zusätzliche Verwaltungskosten verursachen, da die Verwaltung eine Kostenrechnung aufbauen müsste, die keine weiteren Erkenntnis bringen würde.

Wirtschaftsprüfung:

Herr Kampmann bittet um Auskunft zur Anlage 3/7 des Wirtschaftsprüfungsberichtes „Angabe zu den Unternehmensorganen. Herr Frank erklärt, dass nach den gesetzlichen Regelungen Angaben zum Gehalt eines einzelnen Geschäftsführers ausgeschlossen sind und dem Datenschutz unterliegen, er als Wirtschaftsprüfer aber darauf hinweisen muss.

Herr Quast bittet um Erläuterung der erheblichen Differenz zwischen Brutto- und Effektivverzinsung. Herr Wohltmann erläutert, dass aufgrund der Immobilienbewertungen und den daraus resultierenden Abschreibungen die Differenz größer ausfallen muss.

TOP 12 Feststellung des Jahresabschlusses des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin für das Kalenderjahr 2005/Beschluss

Herr Schmiedel stellt den nachfolgenden Antrag zur Abstimmung:

„Die Delegiertenversammlung stellt den Jahresabschluss des Versorgungswerkes über das Geschäftsjahr 2005 fest.“

Die Delegiertenversammlung stimmt dem Antrag mehrheitlich, bei 3 Enthaltungen, zu.

TOP 13 Verwendung der Überschüsse

Herr Schmiedel stellt den nachfolgenden Antrag des Vorstandes und des Verwaltungsausschusses zur Abstimmung:

„Die Delegiertenversammlung beschließt, das Ergebnis des Kalenderjahres 2005 in Höhe von 59.092.569,68 € in die Überschussrückstellung einzustellen.“

Die Delegiertenversammlung stimmt dem Antrag mehrheitlich, bei einer Gegenstimme, zu.

TOP 14 Entlastung des Vorstandes der Zahnärztekammer Berlin und des Verwaltungsausschusses des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin für das Kalenderjahr 2005

Herr Gutsche stellt den Antrag, für das Geschäftsjahr 2005 dem Verwaltungsausschuss sowie dem Vorstand für seine Tätigkeit nach § 4 der Satzung des Versorgungswerkes Entlastung zu erteilen.

Die Delegiertenversammlung stimmt dem Antrag mehrheitlich, bei 4 Enthaltungen, zu.

TOP 15 Ausblick auf das Jahr 2006

Hinweis: Die Vortragsfolien werden dem Protokoll als **Anlage 15/1** beigefügt. Soweit keine besonderen Ausführungen gemacht werden, wird auf die Anlage verwiesen.

Herr Wohltmann führt aus, dass es in den nächsten Jahren weiterhin das Ziel ist, die Verwaltungskosten zu senken. Dieses aber langsam und stetig, denn Dinge wie Controlling und das Vieraugenprinzip“ bei wesentlichen Vorgängen benötigen Kapazität und produzieren damit Kosten, die aber sicherlich sinnvoll und notwendig insbesondere mit Blick auf die Geschichte dieses Versorgungswerkes sind. Im Bereich der Mitgliederverwaltung ist ein weiterer Anstieg der Anzahl der Mitglieder mit Beitragsnachlass zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird weiter beobachtet und es wird darüber berichtet werden.

Ende des Jahres 2006 bzw. Anfang des Jahres 2007 werden die aktuellen Sterbetafeln mit Ausweis der Längerlebigkeit veröffentlicht. Aufgrund der kontinuierlichen Berücksichtigung der Längerlebigkeit in der Versicherungsmathematik erwartet das Versorgungswerk keine Probleme bei der Umstellung.

Zum Immobilien-Paket-Verkauf wird umfassend im Jahresabschluss 2006 berichtet werden.

Das Jahr 2007 im Ausblick

Im Jahr 2007 wird die Teilrechtsfähigkeit umgesetzt, neue Geschäftsordnungen müssen entworfen, neue versicherungsmathematische Grundlagen geschaffen und die neue Satzung erstellt werden.

Herr Schmiedel spricht seinen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, dem Verwaltungsausschuss, und an alle anderen Beteiligten und Gäste aus.

TOP 16 Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Herr Schmiedel schließt die Delegiertenversammlung um 22.35 Uhr und wünscht allen Anwesenden besinnliche Weihnachtsfeiertage und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2007.

Berlin, 03. Januar 2007

Dr. Wolfgang Schmiedel
- Präsident -

Dr. Jürgen Gromball
- Vizepräsident -

J. Weimann
- Protokollführerin -

N. Schüler
- Protokollführerin -